

Sozialdemokratischer PresseDienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848-48 ppbn d

Inhalt

Elfriede Eilers MdB fordert energische Bekämpfung der Frauenarbeitslosigkeit.

Seite 1/2

Bertram Blank MdB unterzieht das Frühwarnsystem AWACS einer kritischen Betrachtung.

Seite 3-5

Tritt das Bündnis auf der Stelle? Anmerkungen zur NATO-Herbsttagung in Brüssel.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
PresseDienst GmbH
Kölner Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 37 88 11

32. Jahrgang / 233

6. Dezember 1977

Warum brauchen Frauen typische Frauenberufe?

Die Probleme der Frauenarbeitslosigkeit müssen und können angepackt werden

Von Elfriede Eilers MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauenpolitik in der SPD-Bundstagsfraktion

Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung zu fördern, gehört zu den Schwerpunkten der politischen Arbeit der Bundesregierung und der sie tragenden Koalitionsfraktionen, SPD und FDP. Mit Sonderprogrammen in Milliardenhöhe wurden von seiten der öffentlichen Hand Investitionen gezielt gefördert; Lohnkostenzuschüsse an Unternehmen und Mobilitätzuschläge an Arbeitnehmer gezahlt, um längerfristig Arbeitslose wieder in das Erwerbsleben einzugliedern. Nach den für Oktober 1977 geltenden Arbeitsmarktzahlen sind rund 443.000 Männer und 512.000 Frauen als arbeitslos gemeldet. Frauen stellen also mehr als die Hälfte der Arbeitslosen, obwohl nur jeder dritte Erwerbstätige weiblich ist. Mit anderen Worten: Die Arbeitsmarktprobleme stellen sich für Frauen als besonders gravierend dar.

Welche unmittelbaren beschäftigungspolitischen Auswirkungen der Sonderprogramme auf den Frauenarbeitsmarkt ausgegangen sind, läßt sich exakt nicht belegen. Frauen werden aber kaum von den Mitteln profitiert haben, die zur Verbesserung der Infrastruktur eingesetzt worden sind; Frauen werden kaum von den Investitionszuschüssen im Bereich der Wohnungswirtschaft profitiert haben; Frauen waren aber ganz offenbar häufig die Leidtragenden, wenn Unternehmen - mit oder ohne staatliche Investitionszuschüsse - weiter rationalisiert haben: Ich denke hier an die Bereiche Organisation, Büro und Verwaltung, in denen meist die "traditionellen" Arbeitsplätze von Frauen eingespart worden sind.

Die gegenwärtige Frauenarbeitslosigkeit ist also nicht allein durch konjunkturelle Tendenzen hervorgerufen, sondern darüber hinaus auch von strukturellen Veränderungen beeinflusst worden, die sich vornehmlich in traditionell weiblichen Arbeitsfeldern abgezeichnet haben. Es gibt viele Gründe, die zu dieser überproportionalen Frauenarbeitslosigkeit geführt haben. Gründe, die wiederum speziell für Arbeitnehmerinnen gelten: Dazu gehört einmal, daß Frauen beruflich meist immer noch weniger gut ausgebildet sind als ihre männlichen Berufskollegen, ihre Arbeitsbereiche konzentrieren sich auf

einige wenige - traditionelle - "Frauenberufe" und Tätigkeitsbereiche; Frauen sind auch in stärkerem Maße familiengebunden, also in räumlicher und zeitlicher Hinsicht weniger flexibel in der Wahl ihrer Arbeitsplätze. Diese persönlichen und gesellschaftlichen Defizite der Frauen lassen sich sicherlich nicht kurzfristig überwinden, zumindest in nennenswertem Umfang nicht, sie bestätigen aber wiederum, wie wichtig die von den Sozialdemokraten verfolgte Bildungs- und Berufsbildungspolitik gerade für Frauen ist.

Nach meiner Auffassung gibt es aber auch einige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die kurzfristig und erfolgreich bei der Berufsberatung und Arbeitsvermittlung eingesetzt werden könnten, um die Frauenarbeitslosigkeit abzubauen. In diesem Zusammenhang hat die Arbeitsgruppe Frauenpolitik in der SPD-Bundestagsfraktion einen detaillierten Katalog von Vorschlägen und Wünschen an die Bundesanstalt für Arbeit übermittelt.

Ich halte es für außerordentlich wichtig, daß Frauen in andere als die typischen Frauenberufe und die von ihnen bisher bevorzugten Wirtschaftsbereiche vermittelt werden. Die Arbeitsvermittlung kann hier wertvolle Hilfe leisten, um die bestehende Berufs- und Branchenkonzentration von Frauen zu entzerren.

Die Bundesanstalt für Arbeit weist in ihrer laufenden Statistik offene Stellen aus, die wiederum in offene Stellen für Männer und offene Stellen für Frauen unterteilt werden. Diese Statistik sollte man grundsätzlich um eine zusätzliche Kategorie erweitern: Die der Arbeitsverwaltung gemeldeten Stellen sollten danach ausgewiesen werden, ob sie Männern wie Frauen gleichermaßen oder aber nur Männern oder nur Frauen offen stehen. Sicherlich ist es - gewissermaßen als flankierende Maßnahme hierzu - zumindest in der Anlaufzeit erforderlich, die Betriebe auch fachlich dahingehend zu beraten, daß die vorhandenen offenen Stellen sowohl von Männern als auch Frauen besetzt werden könnten.

Ein besonderes Problem stellen derzeit jene arbeitslosen Frauen dar, die aus familiären Gründen nur eine Teilzeitbeschäftigung aufnehmen können. Hier möchte ich die dringende Aufforderung an die Betriebe richten, etwaige organisatorische Schwierigkeiten nicht zu scheuen, wenn es darum geht, Teilzeitarbeitsplätze einzurichten. Waren doch auch umgekehrt die Unternehmen vor einigen Jahren - in der Zeit der Hochkonjunktur - phantasiereich genug, Frauen durch attraktive Teilzeitstellen wieder für eine Berufstätigkeit zu gewinnen.

Bei den Anstrengungen, arbeitslose Frauen wieder in das Erwerbsleben einzugliedern, sollten aber auch neue beschäftigungspolitische Instrumente überlegt und entwickelt werden. In diesem Zusammenhang wäre zu prüfen, inwieweit Eingliederungs- bzw. Lohnkostenzuschüsse als zusätzlicher Anreiz geeignet sind, um Frauen in sogenannte Männerberufe zu vermitteln. Zu prüfen wäre auch, ob durch besondere Abschreibungsmodalitäten auch kleinere Unternehmen veranlaßt werden könnten, Aufenthaltsräume oder sanitäre Einrichtungen u.ä. zu erstellen, wenn sie erstmals Frauen in gewerblichen Bereich einstellen.

Überlegungen sollten meiner Auffassung nach auch in der Richtung angestellt werden, ob man nicht die betriebsgebundene Vergabe öffentlicher Mittel möglicherweise mit Auflagen verbinden sollte, etwa in der Weise, nicht nur eine entsprechende Zahl von Frauenarbeitsplätzen vorübergehend zu schaffen, sondern diese auch zu erhalten.

Von den vielschichtigen Ursachen der Frauenarbeitslosigkeit und den Möglichkeiten, diese erfolgreich zu überwinden, konnten hier sicherlich nur einige Punkte angesprochen werden. Appellieren möchte ich an alle Verantwortlichen, in Bund und Ländern, an Politiker und Unternehmen, verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um gegenwärtig arbeitslose Frauen wieder in das Erwerbsleben einzugliedern. Soweit Arbeitnehmerinnen künftig von Rationalisierungsmaßnahmen betroffen sind, sollten Unternehmensleitungen und Betriebsräte alle Möglichkeiten ausschöpfen, eine innerbetriebliche Umsetzung zu erreichen.

(-/6.12.1977/ks/fgs)

Nicht entscheidungsreif

AWACS-Projekt wirft noch viele Fragen auf

Von Bertram Blank MdB

Berichterstatler der SPD-Bundestagsfraktion für den Verteidigungshaushalt

Ursprünglich war der "fliegende Eierkuchen" - wie ein findiger Journalist den teuren Vogel genannt hat - für ganz andere Zwecke geplant als für die NATO-Luftverteidigung des europäischen Raums. Dieses außerordentlich kostspielige und technisch höchst komplizierte Frühwarn- und Führungssystem wurde zur Verstärkung der Luftverteidigung des nordamerikanischen Kontinents gegen Tiefstangriffe sowjetischer Bomber vom Typ Backfire entwickelt. Es hätte dort ohne wesentliche Bedrohung durch gegnerische Hochleistungsjäger und Raketen, aber auch kaum gestört durch elektronische Kampfmaßnahmen, operieren können. Nachdem die Wahrscheinlichkeit von Angriffen bemannter und daher auf dem Radarschirm von AWACS relativ leicht identifizierbarer Flugzeuge seit Anfang der siebziger Jahre im Vergleich zu der Bedrohung des amerikanischen Territoriums durch strategische Raketen als ziemlich gering eingeschätzt wird, hat dieses Waffensystem diese Funktion weitgehend verloren. Damit wird eine weitaus kleinere Zahl dieser Waffensysteme benötigt als ursprünglich geplant. Schlimm für die Firma Boeing, die das Trägerflugzeug liefern sollte, noch schlimmer für die Firma Westinghouse, welche die ungleich aufwendigere Radarantenne und das elektronische Führungssystem entwickelt hat. Daß sich Senator Jackson der Sache angenommen hat, wird man verstehen, wenn man weiß, daß viele seiner Wähler in den Boeingwerken Arbeit und Brot finden. Und eine so gute Gelegenheit, die fast schon legendäre 707 noch einmal aufs Band zu bringen, dürfte sich kaum sonst noch bieten, zumal Versuche, sieben Exemplare an den Iran zu verkaufen, Opfer der dem Waffenexport abholden Regierungspolitik Präsident Carters geworden waren.

Verständlich ist deshalb, daß die Carter-Administration die Klagen Senator Jacksons nicht überhören konnte, denn immerhin ist dieser mächtige Parlamentarier Berichterstatler für das Energieprogramm im Senat. Und darauf setzt Jimmy Carter trotz heftiger Widerstände beider Häuser des Parlaments nach wie vor.

Deshalb lag es nahe - wie übrigens auch schon unter der Präsidentschaft Fords - für AWACS eine zusätzliche Verwendung zu finden: in Europa. Zumal man so den amerikanischen Steuerzahler wesentlich schonender behandeln könnte als dies bei einem nationalen US-Programm der Fall sein würde; als NATO-Programm würden, wenn möglich, alle Bündnispartner die Systemkosten anteilmäßig aufbringen. Der US-Haushalt würde demnach nur noch mit einem Anteil von 37 Prozent der Gesamtkosten oder absolut mit einem Betrag von 925 Millionen Dollar bei geschätzten Gesamtkosten von 2,5 Milliarden Dollar oder 5,75 Milliarden DM belastet. Diese Zahlen beruhen auf der Annahme der Beschaffung von 20 Maschinen des Typs AWACS E-3 der Firma Boeing und den Kostenschätzungen des US-Kongresses. Danach beträgt der Systempreis je Einheit 125 Millionen Dollar bei einem Fly-away-Preis von 65 Millionen Dollar. Hinzu kommen die Vorteile der größeren Serie.

Diese Entlastung, allein bei den Beschaffungskosten, zeigt, wie wichtig es für die USA ist, ihre Verbündeten für das Projekt zu gewinnen. Nimmt man die Betriebskosten für nur zehn Jahre mit etwa einer Milliarde Dollar hinzu, so wird dies noch deutlicher.

Nun wäre gegen eine gemeinsame Kostentragung nichts einzuwenden, wären die europäischen NATO-Partner an AWACS genau so interessiert wie die USA: Übrigens nicht nur der Wahlkreissorgen Senator Jacksons wegen. Denn zweifellos ist für die US-Streitkräfte, angesichts der weltweiten Verpflichtungen und Interessen ihres Landes, ein luftgestütztes,

also äußerst mobiles Frühwarn- und Führungssystem von großer Bedeutung: Nicht nur zur Führung der Luftverteidigungskräfte in Europa, über dem Atlantik, im Bereich der europäischen Südflanke, sondern auch zur Lenkung des luftgestützten Nachschubs von den USA in die vorgesehenen Einsatzräume, etwa der Reforgerstreitkräfte. Zudem: Dank seiner Luftbeweglichkeit und der Fähigkeit, von jedem dafür vorgesehenen und entsprechend versorgten Flughafen zu operieren, wäre AWACS auch dann noch intakt, wenn etwa die Radarstationen und Führungsbunker des Nadge Systems zerstört oder gar in die Hand des Gegners gefallen sind.

Spätestens an dieser Stelle wird deutlich, daß insbesondere die Interessen der zentraleuropäischen NATO-Verbündeten, der Dänen, der Benelux-Staaten und nicht zuletzt der Bundesrepublik Deutschland nicht unbedingt und zu jeder Zeit mit denjenigen der USA identisch sind. Für die Bundesrepublik jedenfalls ist es ziemlich uninteressant, was geschieht, wenn das Nadge System vom Gegner erobert und damit ausgeschaltet ist. Denn, abgesehen von den Radarantennen, die zum Teil nahe an der Ostgrenze der Bundesrepublik aufgebaut sind, befinden sich die Einrichtungen von Nadge westlich des Rheins. Kaum anders dürfte auch die Interessenlage unserer nördlichen und westlichen Verbündeten zu beurteilen sein.

Geht man vornehmlich vom Sicherheitsinteresse der europäischen, zumal zentral- und nordeuropäischen NATO-Partner aus, so stellt sich demnach die Frage, ob das bereits voll ausgebaute und mit seinen Möglichkeiten gut funktionierende erdgebundene Warn- und Führungssystem Nadge verknüpft mit den entsprechenden nationalen Führungssystemen von Luftwaffe, Heer und Marine nicht ausreicht. Dies scheint nicht mehr uneingeschränkt der Fall zu sein. Die Bedrohung durch tiefstfliegende taktische Kampfflugzeuge der UdSSR führt zu so kurzen Warnzeiten, daß die eigenen Luftverteidigungskräfte kaum oder nur eingeschränkt wirksam werden können. Damit ist das Interesse an einem fliegenden Frühwarnsystem vermutlich gegeben. Nicht erforderlich, aber auch kaum wünschenswert, sind zusätzliche luftgestützte Führungsmittel; zur Führung der Luftverteidigung reichen die bodengeschützten und daher durch Gegnereinwirkung kaum ausschaltbaren Einrichtungen von Nadge einschließlich der nationalen Führungssysteme aus. Sie haben gegenüber fliegenden, zentral arbeitenden Führungssystemen neben der höheren Überlebenschance eindeutige technische und politische Vorteile.

Zentrale Speicherung und laufende Aktualisierung aller zur taktischen Führung der NATO-Luftstreitkräfte in Europa benötigten Daten - dies ist weit mehr als mission control - erfordern einen ungeheuren technischen Aufwand; bei einem NATO-Einsatz sind allein zwischen 30 und 40 verschiedene Flugzeugmuster aus sieben bis neun Herkunftsländern zu führen, ganz zu schweigen von den bodengestützten Luftverteidigungsmitteln - Fla-Raketen und Luftabwehrkanonen.

Sämtliche Daten aller eingesetzten Flugzeuge; und das jeweils nach dem aktuellen Stand, - der Einsatzbereitschaft der Luftbasen, des fliegenden Geräts, der Munitionierung und der Treibstoffzuladung der Kampfflugzeuge, ihrer spezifischen Leistungsdaten usw. - müssen für die konkreten Führungsentscheidungen gespeichert und in Echtzeit verarbeitet werden.

Politisch setzt die Übertragung der Befehlsgewalt über die Luftstreitkräfte am Boden und in der Luft, und zumindest der fliegenden Teile der Streitkräfte auf einen zentralen Punkt, auf einen Befehlshaber, die Aufgabe nationaler Vorbehalte, Rechte und Pflichten und damit wahrscheinlich schwerwiegende Änderungen der NATO-Verträge voraus. Demgegenüber bieten die dezentralen bodengestützten, aber voll aufeinander abgestimmten Führungsmittel und Führungsmethoden bei klarer Aufteilung nationaler Rechte und Verantwortlichkeiten unübersehbare Vorteile.

Es ist daher nicht weiter verwunderlich, daß Großbritannien die im Frühjahr eingetretene Verzögerung der Entscheidung über AWACS zum Anlaß genommen hat, sich von dem Projekt zurückzuziehen, wenn auch zu diesem Entschluß u.a. wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Gesichtspunkte beigetragen haben dürften.

Damit ist ein dritter Gesichtspunkt angesprochen: Es ist nach meinem Dafürhalten eine

Illusion, von der AWACS-Beschaffung eine fühlbare industrielle Kompensation zu erwarten. Dies würde das ohnehin kaum finanzierbare Projekt mit Sicherheit noch aufwendiger machen. Um so notwendiger ist es, ein Entgegenkommen der US-Regierung - etwa in Form des Ankaufs hervorragender, in Europa entwickelter Waffensysteme oder zumindest entsprechende Lizenznahmen - zu erreichen. Denn AWACS selbst könnte, angesichts eines hohen Wartungs- und Unterhaltungsaufwandes, allenfalls für die Industrie in der Nähe der europäischen Operationsbasis im Sinne der Schaffung zusätzlicher - und nach Auskünften des Bundesverteidigungsministeriums - hoch qualifizierter Arbeitsplätze von Belang sein. Aber selbst die Aussicht und Hoffnungen auf bilaterale Kompensationen der USA und ihrer europäischen Partner können kein entscheidendes Kriterium für die Entscheidung über die Beschaffung von AWACS liefern - genau so wenig übrigens, wie uns die innenpolitischen Gesichtspunkte der USA wesentlich beeinflussen können.

Insgesamt wird deutlich, daß die AWACS-Beschaffung nach dem jetzigen Stand der Erkenntnis keineswegs entscheidungsreif ist. Daran werden auch die sicherlich nützlichen Demonstrationsflüge eines Prototypflugzeuges über dem Territorium der Bundesrepublik kaum viel ändern können. Zu viele Fragen sind und bleiben offen.

Um eine gesicherte Entscheidungsgrundlage zu gewinnen, sind nach meinem Dafürhalten folgende Gesichtspunkte zu klären:

1/ Entspricht die positive Bewertung des Systems AWACS E 3 entsprechend den operationellen Anforderungen der NATO den taktischen Forderungen der Streitkräfte der europäischen NATO-Partner, zumal der Bundeswehr? Meines Erachtens setzt dies u.a. eine vergleichende Bewertung der vorhandenen fliegenden Frühwarn- und Führungssysteme voraus; immerhin ist das von Grumman entwickelte Waffensystem um mehr als die Hälfte billiger als dasjenige von Boeing

2/ Ist gesichert, daß die vertraglich verbrieften und praktisch äußerst wichtige nationale Erkenntnis- und Entscheidungsfreiheit, auch im Hinblick auf die Führungsverfahren, unangetastet bleibt? Wenn nicht, welche Korrekturen der NATO-Verträge, mit welchen Auswirkungen sind notwendig?

3/ Sind die Schwachstellen im Bereich der Seezielüberwachung und der automatischen Zielüberwachung gegnerischer Tiefflieger bei den Prototypen inzwischen ausgemerzt worden, oder steckt in der Beschaffung des Boeing-Systems nach wie vor ein hohes technisches und finanzielles Entwicklungsrisiko?

4/ Sind die Probleme der Integration mit dem britischen System Nimrod, den bereits über Atlantik und Mittelmeer operierenden US-Navy-Systeme HAWKEYE, vor allem mit Nadge und den ergänzenden bodengestützten nationalen Führungssystemen gelöst? Wie hoch belaufen sich die Kosten dieser Integration?

5/ Wie sieht konkret die Kompensation aus, die die europäischen NATO-Partner insbesondere im Hinblick auf Arbeitsplätze erwarten dürfen?

6/ Wie hoch ist die sich aus der Beschaffung und dem Betrieb des Frühwarnsystems selbst und die sich aus der Integration vorhandener Systeme zu einem Gesamtsystem ergebende finanzielle Belastung der europäischen NATO-Partner, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland? Dabei müssen die Kosten, die ausschließlich unter Berücksichtigung amerikanischer Interessen entstehen, bei der Berechnung der Kostenanteile der europäischen NATO-Verbündeten außer Betracht bleiben. Dies gilt insbesondere dann, wenn im Hinblick auf innenpolitische Rücksichtnahmen der US-Regierung oder die sich aufgrund des weltweiten Engagements der Vereinigten Staaten ergebenden weitergelassenen taktischen Anforderungen der US-Streitkräfte, das aufwendige Boeing-System beschafft wird, obwohl ein anderes, kostengünstigeres System den NATO-Anforderungen genügen würde.

7/ Schließlich: Sind die europäischen NATO-Partner, und gegebenenfalls ab wann, in der Lage, die auf sie entfallenden Lasten zu tragen, ohne andere Notwendigkeiten zu vernachlässigen?

Erst, wenn alle diese Fragen ihre befriedigenden Antworten gefunden haben, sollten die zuständigen NATO-Gremien die Grundsatzentscheidung für oder gegen die Beschaffung von AWACS treffen. Zugleich ist das die Voraussetzung für die Bereitschaft der nationalen Parlamente, die zusätzlich benötigten Mittel in ihren Budgets bereitzustellen. Das gilt jedenfalls nach meiner Einschätzung der Situation für den Deutschen Bundestag.

Tritt das Bündnis auf der Stelle ?

Fehlverhalten gefährdet die Funktionsfähigkeit der NATO

Liest man die offiziellen Kommuniqués der NATO-Wintertagung in Brüssel, dann herrscht im Bündnis Übereinstimmung über Weg und Ziel wie eh und je. Einmütig versicherten die Verteidigungsminister wiederum, es sei unbedingt notwendig, angesichts der wachsenden Kraft des Warschauer Paktes für die Stärkung der Allianz mehr zu tun als bisher geschehen ist. Diese Standardformel wird auf jeder Konferenz verkündet, nur die Praxis läßt zu wünschen übrig. Und so kann auch von der gegenwärtigen Konferenz nicht besonders viel erwartet werden. Die Einsicht der Verteidigungsminister am Brüsseler Konferenz-tisch reicht nicht, wenn die nationalen Parlamente nicht bereit sind, die entsprechenden Mittel zur Realisierung zu bewilligen.

Es sieht auf der europäischen Seite der NATO zeitweise so aus, als träte das Bündnis auf der Stelle. Darüber können auch die Erfolgsberichte nicht hinwegtäuschen, die zwar einige zaghafte Fortschritte erkennen lassen, im Ganzen aber unbefriedigend sind, wenn man sich die Versprechen ins Gedächtnis ruft, die die europäischen NATO-Mitglieder bei der Gipfelkonferenz des Bündnisses im vergangenen Mai in London einander gegeben haben. Die Eurogroup der NATO ist noch weit davon entfernt, ein gleichrangiger Partner für die USA zu sein, gleich ob man über Fragen der politischen und militärischen Strategie spricht oder von den Problemen der Rüstung.

Diese unerfüllten Versprechen und Hoffnungen sind eine Gefahr für die Funktionsfähigkeit des Bündnisses als multinationale Verteidigungsgemeinschaft. Es ist nämlich nicht nur eine Frage der Finanzen, daß Fortschritte nur im Schnecken-tempo zustandekommen, sondern es liegt immer noch an der Unfähigkeit und zum Teil auch an der Unwilligkeit zugunsten der NATO auf nationale Gewohnheiten, Vorbehalte oder Privilegien zu verzichten. So spricht es jedem Bemühen um Standardisierung und Harmonisierung geradezu Hohn, wenn in einer Zeit, in der die USA und die Bundesrepublik ihre Heere mit dem Ziel umstrukturieren, an die Stelle von Großverbänden eine größere Zahl von kleineren Verbänden zu setzen, die zur selbständigen Kampfführung in der Lage sind, Großbritannien und Frankreich den entgegengesetzten Weg antreten, wobei Paris immer noch das Argument vortragen kann, daß seine Truppen ja nicht in der Militärorganisation der NATO stehen.

Der Bundesrepublik sind im Kreise der europäischen Partner zuletzt Vorwürfe zu machen, denn sie trägt ganz wesentlich zur materiellen und politischen Harmonisierung bei. Nicht, weil sie nun der Musterknabe der USA wäre, sondern weil sie es leichter hat als andere Bündnispartner, denen es eben sehr schwer fällt, sich von Traditionen und liebgewonnenen Vorstellungen zu lösen.

Die großen Gefahren aus diesem Fehlverhalten der europäischen Bündnispartner im Verhältnis zu den USA liegen nicht in der sowjetischen Bedrohung. Wahrscheinlich würde sich das Bündnis im Falle eines Aggressionsverdachts so schnell zusammenschließen und gemeinsam zur Wehr setzen wie es die westlichen Demokratien gegen Hitler getan haben. Die Gefahren aus der gegenwärtigen inneren Situation der europäischen Bündnispartner liegen in erster Linie darin, daß die USA bei ihren Verhandlungen mit der Sowjetunion primär ihre eigenen Interessen sehen und bereit sein könnten, Dinge aufzugeben, auf die die Europäer nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge nicht oder noch nicht verzichten können. Eine weitere Gefahr ist, daß sich das amerikanisch-europäische Verhältnis zwangsläufig auf eine Achse Washington-Bonn reduzieren könnte. Die eine Gefahr wiegt nicht minder als die andere. Deshalb darf das Bündnis nicht weiter auf der Stelle treten.

Wolfgang Fechner
(-/6.12.1977/ks/hgs)